

... Von Martin Rümmele

**D**ie von der Regierung geplante Zusammenlegung von Sozialversicherungsträgern und die Fusion der neun Gebietskrankenkassen zur neuen Österreichischen Gesundheitskasse sorgt weiterhin für Irritationen. Während der Widerstand innerhalb der Gebietskrankenkassen zunehmend schwindet und stattdessen dem Kampf um die beste Ausgangssituation Platz macht, zeigt sich vor allem Eines: Das System könnte über einen längeren Zeitraum stillstehen.

#### Regierung will sparen

Ziel der Regierung ist laut Gesetzesentwurf eine Senkung der Verwaltungskosten. Durch die mit der Zusammenlegung der Träger einhergehenden Bündelung der Aufgaben, die Reduzierung der Verwaltungskörper und die Verkleinerung der Gremien – etwa im Hauptverband, den ein verschlankter Dachverband ersetzen soll – werde es zu deutlichen Effizienzsteigerungen kommen, macht die Regierung geltend. Im Zeitraum 2020 bis 2023 werden kumulierte Einsparungen beim Verwaltungs- und Sachaufwand im Ausmaß von 1 Mrd. € erwartet.

Doch schon an dieser Zahl scheiden sich die Geister. Erst in der Vorwoche meldeten anlässlich der 12. Sozialstaatsenquete von Hauptverband und Wifo Experten Zweifel an den Zahlen an. Unklar ist sowohl für Hauptverbandespräsident Alexander Biach als auch für Wifo-Chef Christoph Badelt, wie die Regierung auf die behaupteten Einsparungen kommt. Für ihn stehe fest, dass jede organisatorische Veränderung zunächst einmal *Mehrkosten* bringe und längerfristig dann Effizienzvor-

teile haben könne, sagte Badelt – aber: „Eine exakte Berechnung in dieser Größenordnung liegt nicht vor.“ Davor hatte etwa der Rechnungshof die Darstellungen recht heftig kritisiert. „Es fehlen transparente und nachvollziehbare Berechnungsgrundlagen“, wurde moniert. Präsidentin Margit Kraker forderte eine Überarbeitung der Kostendarstellung: „Man muss das Spiel mit Zahlen beenden.“

Andere wiederum kritisierten, dass die Fusion mehr als 2 Mrd. € kosten könnte und von den Einsparungen dann wenig übrigbleibt. Dazu kommt, dass die Verwaltungskosten derzeit bei rund 2,8% liegen – das waren zuletzt in absoluten Zahlen 1,7 Mrd. €. In einer parlamentarischen Anfragebeantwortung bezifferte das Sozialministerium zudem die Kosten für die Gremien der Selbstverwaltung auf 0,009% der Gesamtausgaben der Sozialversicherungen. Sitzungsgelder, Funktionsgebühren, Reise- und Aufenthaltskosten für Kassenfunktionäre betrugen im Vorjahr gerade einmal 5,67 Mio. €. Die Bundesregierung hatte bei der Präsentation der Sozialversicherungsreform die hohen Kosten für die Sozialversicherungsfunktionäre beklagt und von einer „Funktionärsmilliar-

„  
*Die Fusionskosten können zum derzeitigen Zeitpunkt nicht beziffert werden.*

**Beate Hartinger-Klein**  
Sozialministerin



© Nicolas Rainer

#### Lob für die Selbstverwaltung

##### Jubiläum und Auszeichnung

Zur 70-Jahre-Festveranstaltung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, die im Gewerbehause der WK Wien stattfand, kamen rund 200 prominente Gäste aus Gesundheit, Wirtschaft und Politik. Dabei wurde der Hauptverband mit der Verdienstmedaille der IVSS, der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit, ausgezeichnet.

de“ gesprochen, die man für die Patienten freischaufeln wolle. In den Sozialversicherungen wirft man der Regierung deshalb Populismus vor.

##### Fusionskosten sind unklar

In der Beantwortung einer weiteren parlamentarischen Anfrage räumte das Sozialministerium nun selbst ein, dass man nicht sagen kann, was die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger kosten wird. „Die Fusionskosten können zum derzeitigen Zeitpunkt nicht beziffert werden“, schreibt Ministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) in der Beantwortung. In der Anfrage-Beantwortung ver-

##### Direktwahl der Funktionäre

Hauptverbands-Chef Alexander Biach (Mitte) bringt die Möglichkeit der Direktwahl der Sozialversicherungsfunktionäre nach deutschem Vorbild ins Spiel. Dort werden die Vertreter der Beitragszahler nicht von Interessensvertretungen (in Österreich AK und WKO) entsandt, sondern bei „Sozialwahlen“ direkt von Versicherten gewählt.

weist das Sozialministerium auf die Fusion der Pensionsversicherungsanstalten der Arbeiter und Angestellten, die laut Rechnungshof im Jahr 2004 rund 115 Mio. € gekostet habe. Die Fusionskosten im Bereich der ÖGK seien jedoch mit denen der PVA nicht vergleichbar, weil die PVA erst neun Landesstellen aufbauen musste und einen teuren Sozialplan vereinbart habe. Beides sei bei der ÖGK nicht vorgesehen, schreibt Hartinger-Klein.

Die Folge der Unklarheiten hat nun allerdings bereits spürbare Auswirkungen, die auch alle Akteure innerhalb des Gesundheits- und Sozialbereiches betreffen. Hauptverbands-Chef